



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der
Entente politik der Vorkriegsjahre**

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

1910.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1909/5. Januar 1910.

So nahe auch die allgemeinen Wahlen bevorstehen, so schwer ist es, ihr Ergebnis voranzusehen. Die Reden folgen aufeinander, ohne daß sie ein neues Licht auf die Lage werfen. Alles ist schon gesagt worden, und man beschränkt sich auf Wiederholungen, welche natürlich eine immer schärfere Form annehmen. Die Frage des Oberhauses, vielmehr seine legislative Gewalt, tritt immer deutlicher in den Vordergrund, aber selbst in dieser Hinsicht gibt es weder ein Programm noch eine vorgeschlagene Lösung. . . .

Der jetzige Wahlkampf wird jedoch, abgesehen von diesen rein inneren Fragen, durch das Wiederaufflackern eines unerwarteten Chauvinismus gekennzeichnet. Dies findet seinen Ausdruck in dem Gespenst der deutschen Gefahr, welche ein wenig von allen Parteien betont wird, aber ganz hauptsächlich von den Konservativen. Es handelt sich nicht mehr allein um mehr oder weniger sensationelle Zeitungsartikel, sondern um ernste Redner wie Lord Cromer, Lord Curzon und andere.

Ich habe neulich den deutschen Botschafter gefragt, was er über die Haltung der englischen Parteien während des Wahlkampfes vom Standpunkte der englisch-deutschen Beziehungen aus halte. Er hat mir geantwortet, daß trotz des Deutschland feindlichen Lärmes, den wir um uns hörten, er sich nicht besserer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen erinnere; wenn die konservative Partei ans Ruder gelange, so werde man sie zuerst an der Arbeit sehen müssen; eine Versammlungs- und Pressepolemik wie die jetzige habe natürlich sehr schlechte Seiten, er könne ihr aber keine übertriebene Bedeutung beimessen und sei durch sie nicht allzusehr beunruhigt.

Mein deutscher Kollege glaubt, daß die konservative Partei das Land überzeugen will, daß es für alle Ereignisse gerüstet sein muß — und dieser Standpunkt wird vom ganzen Lande geteilt; aber wenn die einflußreichen Persönlichkeiten wirklich ehrgeizige oder sogar aggressive Ziele verfolgten, so würden sie sich hüten, so oft und so laut über dieselben zu sprechen. Dem Grafen Metternich zufolge handelt es sich um ein Wahlmanöver einer Partei, die, abgesehen von der sehr strittigen Frage der

Tarifreform, kein bestimmtes Programm besitzt, was immer eine Schwäche bedeutet.

Was mich anbelangt, so teile ich vollkommen die Ansicht meines deutschen Kollegen. Ich glaube sogar, daß diese ganze Agitation nicht sehr weit geht, da sie vor allem durch die Reden eines glänzenden populären und erfahrenen, aber auch eines unzufriedenen Parteiführers genährt wird — ich meine Admiral Lord Charles Beresford.

Meiner Ansicht nach liegt dieser Agitation der verborgene Wunsch zugrunde, wenn nicht ein Übereinkommen zu erzielen, so doch beruhigt zu werden, und ein greifbarer Beweis einer Entspannung würde von der großen Masse des Publikums mit Freuden begrüßt werden.

Ohne besonders optimistisch zu sein, was das Resultat der Bagdadbahn-Verhandlungen anbelangt, glaube ich dennoch, daß diese Annäherungsbestrebungen sofort nach Beendigung der Wahlen auf die eine oder andere Art und Weise wiederaufgenommen werden werden. Ich glaube, dies ist der Wunsch Englands, und ich glaube mich nicht zu irren, daß dies auch von Deutschland gilt. In dieser Hinsicht kann ich nicht die Meinung Pichons teilen, die in einem Briefe unseres Botschafters in Paris erwähnt wird. Diese Ansicht stützt sich auf das Phänomen, daß auf dem Kontinent die radikalen Parteien und noch mehr die Sozialisten sich für ausländische Politik wenig interessieren und gegen Rüstungen sind. Eine derartige Verallgemeinerung trifft auf dieser Seite des Kanals nicht zu.

Es besteht kaum ein Unterschied zwischen dem Interesse der Konservativen und der Radikalen an der auswärtigen Politik, und was die Notwendigkeit von Rüstungen anbelangt, so stimmen beide Parteien überein. Die Ansicht Pichons trifft jedoch für Wahlperioden zu; die ausländische Politik ist nichts anderes als eine Wahlparole. Dies ist meine Auffassung von der jetzigen antideutschen Agitation.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 18./31. März 1911.

Der englische Außenminister hat dem Gedanken eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages zugestimmt, wel-